

FAMILIENPOLITISCHE INFORMATIONEN

2 | 2020

CORONAVIRUS UND KINDESWOHL

4 Vorschläge für eine kindgerechte Familienpolitik in Zeiten der Pandemie

CORONA-KRISE AUS SICHT VON KINDERN UND ELTERN

Die Verbreitung des Coronavirus hat unser Alltagsleben grundlegend verändert. Das gilt insbesondere für Familien mit Kindern. Ihre Tagesabläufe wurden völlig durcheinandergeworfen. Was für Eltern vor allem eine Frage des Managements und der Kräfteeinteilung ist, hat bei Kindern eine für das Leben grundsätzliche Dimension: Kontakte zu Gleichaltrigen sind nahezu unmöglich, was für Einzelkinder faktisch eine Isolierung von anderen Kindern bedeutet. Auch viele vertraute Erwachsene sind für sie nicht mehr greifbar – die Großeltern, die Tagesmutter, Erzieher/innen, Lehrer/innen oder Trainer/innen sind zumindest physisch plötzlich aus ihrem Leben verschwunden. Gerade für kleinere Kinder ist das schwer zu verkraften.

Dafür sind in vielen Fällen die Eltern präsenter, wenn sie im Home-Office arbeiten, für die Kinderbetreuung freigestellt wurden oder in Kurzarbeit sind. Eine idyl-

lische Familienzeit ist dies allerdings nicht. Gestresste Eltern im Home-Office, die sich zwischen Videokonferenzen, Essen zubereiten, Telefonaten und Kinderbetreuung aufreiben, sind trotz Anwesenheit oft viel weniger für ihre Kinder erreichbar als Eltern im regulären Feierabend. Das Missverständnis, Home-Office ermögliche gleichzeitig die Betreuung der eigenen Kinder, ist leider auch in der Politik und bei Arbeitgebenden weit verbreitet. Nicht selten geraten Eltern dadurch an ihre physischen und psychischen Grenzen. Mütter oder Väter, die sich beispielsweise in Kurzarbeit befinden oder als Selbstständige um ihre Existenz fürchten müssen, sind emotional stark belastet. Die gesamten Lebensumstände vergrößern die Gefahr innerfamiliärer Konflikte bis hin zum Entstehen häuslicher Gewalt.

Die räumliche Beschränkung ist für Kinder ebenfalls einschneidend: Nicht alle Familien verfügen über einen eigenen Garten, das Verlassen des Hauses ist nur noch unter bestimmten Bedingungen erlaubt, Spielplätze sind

THEMEN

eaf-Position

»Coronavirus und Kindeswohl«

1

Dr. Ferdinand Mirbach

»Vielfalt in Gesellschaft und Familie«

4

AUS DEM VERBAND

Interview

»Qualitätsentwicklung im Verbund
Evangelischer Bildungseinrichtungen«

8



geschlossen. Gerade in den Sommermonaten leiden insbesondere jüngere Kinder darunter, nicht mehr draußen mit ihren Freundinnen/Freunden spielen zu können. Da auch andere Freizeitangebote so gut wie nicht mehr zur Verfügung stehen, kämpfen viele Kinder mit Langeweile und Bewegungsdrang. Der Medienkonsum, und damit die Zeit vor dem Fernseher und Tablet, steigt in vielen Familien rapide.

Schulkinder und ihre Eltern sind zudem belastet durch die Notwendigkeit des Home-Schoolings. Für Kinder ist dies nicht nur eine völlig neue Form von Unterricht. In der Regel bedeutet das darüber hinaus eine deutliche Verschlechterung ihrer Lernsituation. Zudem sind manche Eltern überfordert, z. B. durch fehlende Sprachkenntnisse oder durch die Komplexität des Stoffs (höhere Jahrgänge) und fallen als Lehrer-Ersatz aus.

ENTLASTUNG VON FAMILIEN HAT ZU GERINGER PRIORITÄT IN DER POLITIK ZUR CORONA-KRISE

Die eaf bedauert ausdrücklich, dass die Belastungen, unter denen Familien derzeit leben müssen, von großen Teilen der Politik weitgehend übersehen oder nicht ernst genommen wurden. Die Erwartung, im Home-Office parallel kleine Kinder zu betreuen und/oder etwas ältere bei schulischen Aufgaben zu unterstützen, entwertet alle drei Tätigkeiten gleichzeitig. Was ist von den politischen Beteuerungen vergangener Jahre zu halten, Kinder brauchen außer Eltern auch die Betreuung und Bildung durch fachlich gut ausgebildete Kräfte, wenn es nun anscheinend für Monate auch ohne dieses Bildungsangebot gehen soll?

Für viele Familien ist der weitgehende Wegfall von unterstützenden Einrichtungen und Beratungsmöglichkeiten eine zusätzliche Alltagserschwerung. Eine sozialpädagogische Familienhilfe lässt sich beispielsweise nicht so gut telefonisch oder via Online-Angebot ersetzen. Am schlimmsten ist, wenn mangels direktem Kontakt mit Kindern niemand mehr bemerkt, ob Kinder familiärer Gewalt ausgesetzt sind.

Die bisherige Begrenzung des Lohnfortzahlungsanspruchs im Infektionsschutzgesetz ist ein Paradebeispiel für den geringen Stellenwert, den Familien in Deutschland mitunter haben. Während Wirtschaftshilfen nahezu unbegrenzt versprochen werden - auch unter Preisgabe der so genannten Schwarzen Null - werden Familien

mit den sozialen und finanziellen Folgen der Krise weitgehend allein gelassen. Das findet sich spiegelbildlich in der Politik der Länder wieder, in der die Öffnung von Einkaufszentren schon längst umgesetzt wird, während man Eltern von Kita- und Grundschulkindern nicht mal perspektivisch sagen kann, wann ihre Kinder wieder in Kita und Schule betreut werden können.

Die eaf unterstützt die Prämisse, dass Einschränkungen des öffentlichen Lebens absolut notwendig waren und vermutlich weiterhin sind, um die Corona-Pandemie in den Griff zu bekommen. Sie befürchtet aber, dass mit Lockerungen an der falschen Stelle und der daraufhin erneuten Beschleunigung des Infektionsgeschehens die problematische Situation für Kinder und Familien auf unbestimmte Zeit hinaus verlängert werden könnte. Es verwundert, dass Öffnungen bei Baumärkten oder Profifußball eine höhere Priorität eingeräumt bekommen als die Bildung und Betreuung kleiner Kinder. Die eaf fordert die Politik dazu auf, stärker als bisher die Interessen von Familien bei ihren Entscheidungen zu berücksichtigen und sich aktiv um Abhilfe bei den spezifischen, Corona-bedingten Belastungen von Familien zu bemühen.

Konkret schlägt die eaf vor:

1. DIGITALER UNTERRICHT MUSS MIT EINER PERSÖNLICHEN ANSPRACHE VON LEHRKRÄFTEN AN SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER VERKNÜPFT WERDEN

Viele Schulkinder werden zwar vor den Sommerferien zumindest für kurze Zeit die Schule wieder besuchen. Jedoch werden Schulkinder frühestens im Herbst wieder regulär die Schule besuchen können. Ihnen und gerade den Grundschulkindern fehlt aber der tägliche Kontakt zu Klassenkamerad/innen und Lehrer/innen. Daher müssen die Kultusministerien der Länder und die Schulämter alles dafür tun, um eine regelmäßige „virtuelle oder telefonische Kontaktaufnahme“, mindestens einmal pro Woche durch den/die Klassenlehrer/in, als verbindlichen Standard zu etablieren. Soweit sie dies nicht bereits tun, sollten v. a. Schulen ihre Lehrkräfte dazu auffordern, mindestens einmal wöchentlich den persönlichen Kontakt mit ihren Schülerinnen und Schülern zu suchen. Ab der fünften Klasse ist dies durch Videokonferenzen oder aber durch das Telefon möglich. Bei Grundschulkindern ist diese Interaktion zwar schwie-

riger, aber die Lehrperson kann zumindest regelmäßig zur Klasse sprechen und andere kreative Wege der persönlichen Kommunikation beschreiten. Lehrerinnen und Lehrer sind nicht nur Vermittler von Lehrstoff, sie bemerken aufgrund des persönlichen Kontaktes manchmal auch besonders gut, wenn es einem Kind persönlich nicht gut geht. Die zwischenmenschliche Unterstützung fällt bei der derzeitigen Form des Home-Schoolings oft weg, ist aber in dieser für Kinder schwierigen Phase der Isolation nötiger denn je.

Zudem fehlt für den digitalen Unterricht vielfach die Technik. In vielen, insbesondere in den ohnehin benachteiligten, Familien fehlen Computer zur Nutzung digitaler Beschulung. Familien, die nicht über ausreichende Mittel zur Anschaffung eines Laptops o. Ä. verfügen, sollten entsprechende Geräte kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Der Bund ist gehalten, sich in einer solchen Ausnahmesituation gemäß Artikel 104c GG an den Kosten zu beteiligen. Da einige Videokonferenzsysteme aus Datenschutzerwägungen in Schulen nicht zulässig sind, sollten die Bundesländer sich für sichere Programme entscheiden und, falls kostenpflichtig, entsprechende Lizenzen für die Schulen bereithalten und dies an Schulämter und Schulen kommunizieren.

2. TAGEWEISE BETREUUNG FÜR KITA-KINDER SUKZESSIVE WIEDER EINFÜHREN

Auch für jüngere Kinder ist der Kontakt zu Gleichaltrigen enorm wichtig. Die Überlegungen zur Ausweitung der Kitabetreuung sollten diesen Aspekt mehr berücksichtigen. Der eaf ist klar, dass die Wiederaufnahme des normalen Kita-Alltags angesichts der Unsicherheit, welche Rolle Kinder bei der Verbreitung des Coronavirus spielen, noch nicht wieder möglich ist. Regionale Unterschiede des Infektionsgeschehens müssen berücksichtigt werden. Gerade in Regionen mit geringeren Infektionszahlen könnte dieser Vorteil für Kinder und Eltern stärker genutzt werden. Länder, Kommunen und freie Träger sollten an Lösungen arbeiten, die Kita-Kindern auch jenseits der Notbetreuung ein zeitweises Zusammenkommen in festen Kleingruppen ermöglicht. Die Zulassung privater Betreuungshilfen für bis zu drei Kinder im Land Berlin (§ 11 Absatz 4 Satz 2 der Vierten Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Eindämmungsmaßnahmenverordnung vom 21. April 2020) zeigt eine solche Möglichkeit, die

allerdings auf die private Organisation durch Eltern setzt. Nicht allen Eltern ist allerdings eine solche Möglichkeit offen. Daher sollten auch Kita-Träger tageweise Angebote für Kinder, die nicht die Notbetreuung besuchen, vorsehen. Um eine Verbreitung des Virus nicht unnötig zu befördern, sollten diese Kleingruppen dauerhaft fest zusammengesetzt sein und sich auf infektiöserm Akti- vitäten insbesondere an der frischen Luft beschränken.

3. CORONA-FAMILIENARBEITSZEIT FÜR MÜTTER UND VÄTER VON KINDERN UNTER 12 JAHREN

Die Betreuung der Kinder macht vielen Eltern eine berufliche Tätigkeit im bisherigen Umfang unmöglich. Das gilt auch für eine Tätigkeit im Home-Office. Einige Arbeitgeber nehmen darauf Rücksicht und bieten ihren Angestellten während der Pandemie Vertrauensarbeitszeit oder eine zeitweise Freistellung von der Arbeit an. Nicht alle Arbeitgeber sind allerdings so familienfreundlich. Daher brauchen Eltern eine rechtliche Möglichkeit, Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung vereinbaren zu können, ohne dabei um ihren Job fürchten zu müssen oder an ihre physischen und psychischen Grenzen zu kommen. Die eaf schlägt die Einführung einer Corona-Familienarbeitszeit vor: Bis zur Wiederaufnahme des regulären Schul- und Kitabetriebs erhalten Eltern von Kindern im Alter unter 12 Jahren einen gesetzlichen Anspruch auf Reduzierung ihrer Arbeitszeit, über den Umfang der Reduzierung können sie selbst entscheiden. Allerdings sollte nicht eine/r der beiden ihre bzw. seine Erwerbsarbeitszeit auf null reduzieren. Die Regelung soll Eltern einerseits Freiräume schaffen, andererseits soll vermieden werden, dass die Arbeitszeitreduzierung einseitig zulasten der Mütter geht. Gleichzeitig erhalten Eltern bei Inanspruchnahme – analog zur Elternzeit – Kündigungsschutz. So könnten Eltern eine an ihre jeweilige familiäre Situation angepasste und rechtlich abgesicherte Lösung finden. Der durch die Reduzierung entfallende Teil des Arbeitslohns wird durch einen Corona-Familienzuschuss des Bundes bis zu einem Maximalbetrag ersetzt, natürlich unter Einbezug anderer Hilfen wie z. B. Kurzarbeitergeld. Dieser Familienzuschuss soll insbesondere für kleinere und mittlere Einkommen die Reduzierung des Arbeitsentgeltes weitgehend kompensieren. Zudem sollte der Staat insbesondere bei nicht-systemrelevanten Berufen Anreize setzen, dass die Reduzierung der Arbeitszeit zwischen beiden Elternteilen partnerschaftlich erfolgt.

4. WIRTSCHAFTLICH BENACHTEILIGTE FAMILIEN DURCH BuT-AUFSCHLAG UNTERSTÜTZEN

Leistungen, die sonst im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) für Kinder erbracht werden, fallen jetzt größtenteils weg: Dies gilt für das kostenfreie Mittagessen ebenso wie für bestimmte Freizeitangebote. Kinder aus ärmeren Familien leiden zudem aufgrund der oft beengten Wohnverhältnisse besonders unter der momentanen Situation. Neben einer besseren Möglichkeit zum digitalen Lernen oder zu zeitweisen Aktivitäten mit Gleichaltrigen (s. o.) sollte den betroffenen Familien auch mehr finanzielle „Luft zum Atmen“

gegeben werden, um den vermehrten Bedarf an Lebensmitteln und Freizeitbeschäftigungen für zuhause zu organisieren. Daher schlägt die eaf vor, die Zahlungen an BuT-anspruchsberechtigte Familien für die Zeit der Pandemie pauschaliert und automatisch um einen festen Betrag zu erhöhen, der diese zusätzlichen Ausgaben kompensiert. ■

Diese eaf-Position wurde von Dr. Julia Wuttke, Dr. Martin Bujard (Präsident) und Dr. Insa Schöningh (Bundesgeschäftsführerin) verfasst. Sie ist abrufbar unter www.eaf-bund.de/gallery/news/news_298/200430_corona_familienpolit_vorschlaege.pdf.



Dr. Ferdinand Mirbach

VIELFALT IN GESELLSCHAFT UND FAMILIE

Über die Herausforderungen und Chancen gesellschaftlicher Vielfalt

VIELFALT IST ANSTRENGEND!

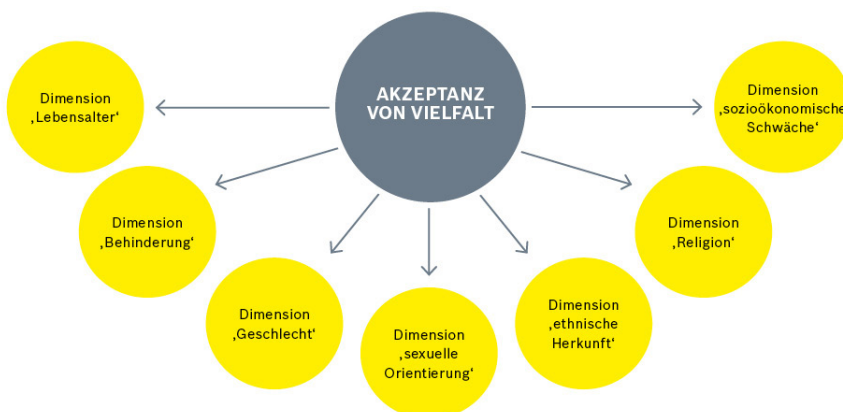
„Vielfalt ist nicht tägliches Straßenfest, Vielfalt ist auch anstrengend“¹ – diese Worte von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier beschreiben die Stimmungslage vieler Deutscher sehr treffend. Vielfalt ist anstrengend, weil sie uns herausfordert und uns manchmal an Grenzen bringt. Vielfalt ist anstrengend, weil sie eigene Überzeugungen in Frage stellt und uns deshalb Angst macht. Vielfalt ist anstrengend, weil sie zu Konflikten führen kann und mitunter die Frage aufwirft, worin in all der gesellschaftlichen Vielfalt noch das Verbindende liegt.

Vielfalt ist auch deshalb anstrengend, weil sie in weiten gesellschaftlichen Kreisen zu massiven Abwehrreaktionen führt, die sich nicht nur in Ablehnung, sondern auch in unterschiedlichen Diskriminierungsformen zeigen: Rassismus, Homophobie, Sexismus, Klassismus und anderen. Trotz Millionen von in Deutschland dauerhaft und seit Jahrzehnten lebenden Muslimen ist für viele Menschen der Islam keinesfalls

ein Teil Deutschlands. Andere sind der Überzeugung, dass Homosexualität eine Krankheit sei, die man heilen könne. Wieder andere lehnen eine gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung kategorisch ab, weil sie darin eine Benachteiligung gesunder Kinder sehen. Vielfalt ist also auch deshalb anstrengend, weil sie polarisiert und – ja – eine Vielfalt an Meinungen hervorruft.

VIELFALT – WAS IST DAS?

Gefährdet Vielfalt aber auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt, wie manch einer vermutet? Oder liegt nicht gerade in Zeiten der Globalisierung in unserer



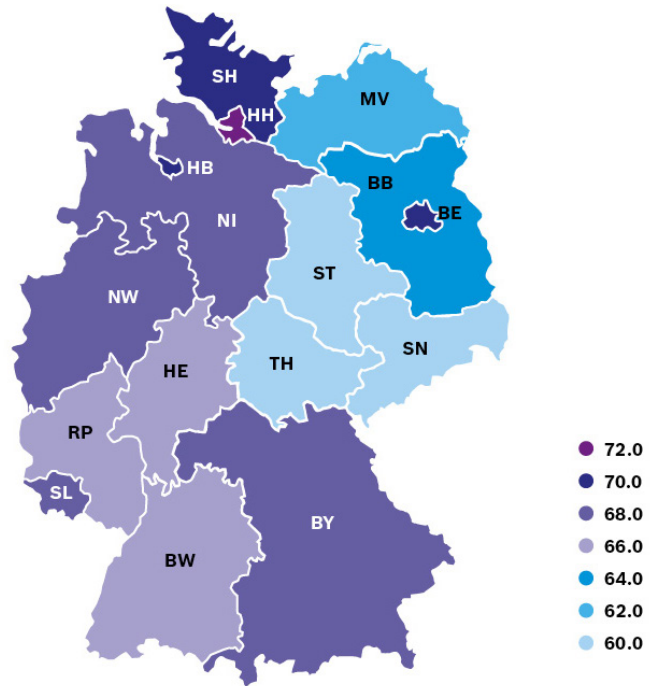
gesellschaftlichen Vielfalt eine besondere Chance für die Zukunftsperspektiven unseres Landes? Um Antworten auf diese Fragen zu erhalten und den Blick der Deutschen auf gesellschaftliche Heterogenität besser zu verstehen, hat die Robert Bosch Stiftung im Rahmen der Studie „Vielfaltsbarometer“ deutschlandweit 3.025 Personen ab 16 Jahren repräsentativ zu deren Meinungen zu und deren Verhalten gegenüber verschiedenen Vielfaltsgruppen befragt. Unterstützt wurde die Stiftung dabei von der Jacobs University Bremen, die die wissenschaftliche Begleitung des Projekts übernahm.

Untersucht wurden die Vielfaltsdimensionen Lebensalter, Geschlecht, Behinderung, sexuelle Orientierung, sozioökonomische Schwäche, ethnische Herkunft und Religion. Zudem wurde über individuelle Persönlichkeitsmerkmale ermittelt, welche Faktoren die Akzeptanz von Vielfalt stärken. Insgesamt umfasste die Befragung mehr als 100 Fragen. Die Datenerhebung erfolgte im Frühjahr 2018 durch infas – Institut für angewandte Sozialwissenschaft aus Bonn.

WIE TICKT DER OSTEN, WIE DER WESTEN?

Auch wenn manch öffentliche Debatte etwas anderes vermuten lässt: Laut „Vielfaltsbarometer“ sieht der Großteil der Bevölkerung in zunehmender Vielfalt eher Vorteile als Risiken. 55 Prozent der Befragten finden, dass durch Vielfalt das Leben in Deutschland bereichert wird, bei 22 Prozent überwiegt ein Bedrohungsgefühl; 22 Prozent sind unentschieden. Führt man alle Fragen zu den unterschiedlichen Dimensionen von Vielfalt im sog. „Vielfaltsgesamtindex“ zusammen, bestätigt sich dieser in der Tendenz positive Blick der Deutschen auf Vielfalt. Demnach erreicht die Akzeptanz von Vielfalt auf einer Skala von 0 (keine Akzeptanz) bis 100 (vollumfassende Akzeptanz) in der Bundesrepublik einen Wert von 68.

Gleichzeitig sind deutliche regionale Unterschiede festzustellen, die sich in einem West-Ost- und einem Nord-Süd-Gefälle zeigen. Auf den Spitzenplätzen liegen mit Hamburg (72 Punkte), Schleswig-Holstein (71 Punkte), Bremen (71 Punkte), Berlin (71 Punkte) und Niedersachsen (70 Punkte) die drei Stadtstaaten und zwei norddeutsche Flächenländer. Im Mittelfeld finden sich die verbleibenden Länder der alten Bundesrepublik. Die letzten Plätze des Rankings nehmen die ostdeutschen Bundesländer (ohne Berlin) mit Punktzahlen zwischen 65 und 61 Punkten ein.



Akzeptanz von Vielfalt (Vielfaltsgesamtindex) im Bundesländervergleich auf einer Skala von 0 (keine Akzeptanz) bis 100 (vollumfassende Akzeptanz)

Für die mitunter signifikanten Unterschiede zwischen den west- und den ostdeutschen Bundesländern sind vermutlich vor allem zwei Gründe verantwortlich: historische Erfahrungen und die tatsächliche Anwesenheit bzw. Abwesenheit von Vielfalt. Im Gegensatz zu Ostdeutschland hat die alte Bundesrepublik eine lange Erfahrung mit Zuwanderung, die nicht nur mit ethnischer, sondern auch mit einer zunehmenden religiösen Vielfalt einherging. Diese Vielfalt ist also schon seit Jahrzehnten sichtbar, eine Auseinandersetzung mit ihr war im Westen damit notwendig. Gleichzeitig waren die Menschen in der ehemaligen DDR über 40 Jahre hinweg geprägt von einem System, in dem Religion kaum eine Rolle spielte und es soziale Unterschiede nicht geben durfte. Wo aber Vielfalt nicht sein darf und nicht ist, gibt es auch keinen Grund, einen guten Umgang mit ihr zu erlernen. In Ansätzen setzt sich diese Logik bis heute fort. So ist bspw. die Ablehnung von Menschen einer anderen ethnischen Zugehörigkeit oder Religion ausgerechnet dort besonders hoch, wo ihr prozentualer Anteil sehr niedrig ist – nämlich in den ostdeutschen Bundesländern.

HABEN DIE DEUTSCHEN EIN PROBLEM MIT RELIGIÖSER VIELFALT?

Neben regionalen Unterschieden lassen sich mitunter deutliche Unterschiede in der Akzeptanz einzelner Vielfaltsdimensionen beobachten. So ist in Deutschland die Akzeptanz von Menschen mit Behinderung

(83 Punkte) und nicht-heterosexueller Orientierung (77 Punkte), aber auch von Menschen mit anderer ethnischer Herkunft (73 Punkte) hoch. Auch Offenheit gegenüber Menschen eines anderen Lebensalters (70 Punkte), eines anderen Geschlechts (69 Punkte) und gegenüber sozioökonomisch Schwachen (58 Punkte) ist noch mehrheitlich vorhanden. Lediglich gegenüber Religion und religiöser Vielfalt (44 Punkte) scheint die Skepsis zu überwiegen. Insofern verdient dieses Ergebnis besondere Beachtung.

Der Umgang mit religiöser Vielfalt ist in den vergangenen Jahren ein immer wichtigeres Thema geworden. Bis zur Mitte des vergangenen Jahrhunderts war Deutschland fast ausschließlich christlich geprägt. Im Jahr 1950 gehörten nur gut vier Prozent der Bevölkerung in West- und Ostdeutschland einer nichtchristlichen oder gar keiner Religionsgemeinschaft an. Damit fühlten sich knapp 96 Prozent der Bevölkerung dem evangelischen oder katholischen Glauben zugehörig. Im Jahr 2013 waren es nur noch knapp 59 Prozent.² Der Anteil von Atheisten oder konfessionell Ungebundenen ist indes weiter gestiegen. Zudem manifestiert sich die Diversifikation religiöser Orientierungen zunehmend auch über den deutlichen Zuwachs nichtchristlicher Religionen in Deutschland, wobei allen voran der Islam zu nennen ist.

	stimmt gar nicht	stimmt wenig	stimmt ziemlich	stimmt völlig
In Deutschland gibt es viele christliche Feiertage. Ich finde, dass es gesetzliche Feiertage auch zu den Festen anderer Religionen geben sollte.	37%	28%	19%	14%
Der Islam passt durchaus auch in die westliche Welt.	24%	24%	30%	19%
Religion ist Privatsache. Religiöse Bekundungen und Symbole, wie Kruzifix, Kopftuch oder Kippah haben in der Öffentlichkeit nichts verloren.	23%	25%	19%	30%

Indikatoren der Vielfaltsdimension Religion (aufgrund von Rundungen und weil die Kategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“ von der Darstellung ausgenommen sind, summieren sich Prozentwerte nicht immer auf 100)

Das Vielfaltsbarometer greift unterschiedliche Aspekte der Dimension Religion auf, um deren Akzeptanz bzw. Ablehnung in der Gesellschaft zu messen. Dabei ist festzustellen, dass religiöse Vielfalt mit 44 Punkten die geringste Akzeptanz aller Vielfaltsdimensionen erfährt.

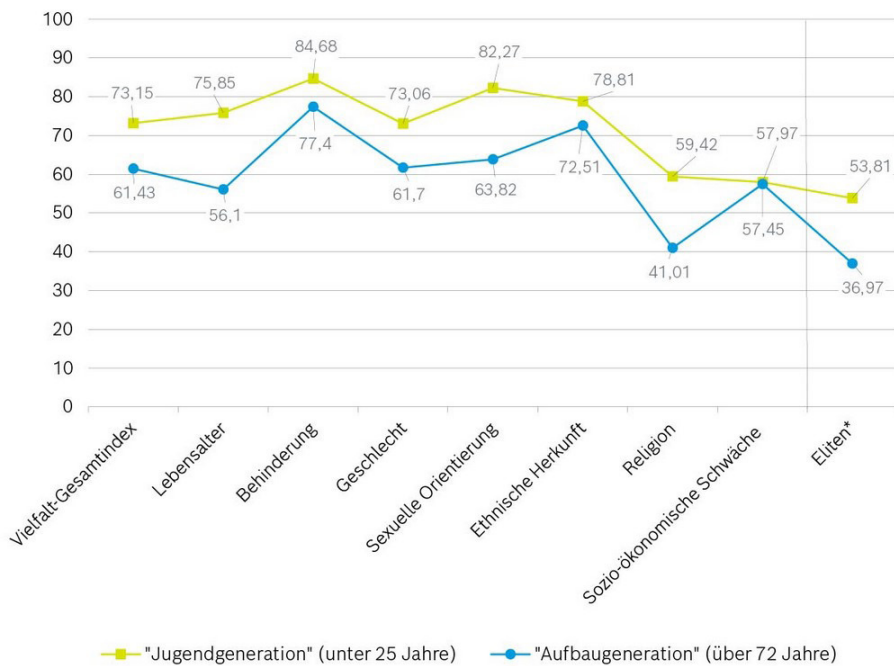
Nicht nur, aber insbesondere in Ostdeutschland gibt es große Vorbehalte gegenüber Religiosität. Insofern erstaunt es nicht, dass der Vorschlag zur Einführung auch nicht christlicher religiöser Feste in Deutschland keine Mehrheit findet. Gleichzeitig legen die Ergebnisse nahe, dass es sich trotz der öffentlich-medialen Fokussierung nicht allein um ein Votum über „den Islam“ handelt, sondern sich in der geringen Zustimmung eher eine allgemeine Distanz gegenüber religiösen Lebensweisen und Traditionen zeigt. Provokativ könnte man behaupten: Die Deutschen entwickeln sich in weiten Teilen zu einem religionsfernen Volk.

MACHT DAS ALTER EINEN UNTERSCHIED?

Im „Vielfaltsbarometer“ wurden nicht nur regionale Unterschiede und die Akzeptanz von verschiedenen Vielfaltsdimensionen untersucht. Es bestand zudem Interesse an der Frage, ob auch die verschiedenen Generationen unterschiedlich gut mit Vielfalt zurechtkommen. Die Antwort ist: ja! Dabei zeigt sich die junge Generation unter 25 Jahren offener für Vielfalt als ältere Menschen über 72 Jahren, die zur sogenannten Aufbaugeneration gehören. Während die Akzeptanz von Vielfalt in Deutschland auf einer Skala von 0 bis 100 insgesamt bei 68 Punkten liegt, sind es bei den Jugendlichen 73, bei den Älteren 61 Punkte. Junge Frauen erweisen sich als besonders tolerant und können als Treiber von Vielfaltsakzeptanz gesehen werden. Eine Ausnahme gibt

es jedoch: Bei der Akzeptanz von sozioökonomisch Schwächeren zeigte sich kein signifikanter Generationenunterschied. Stattdessen spielen hier andere Faktoren eine Rolle, unter anderem die Bildung.

Selbst wenn also eine gewisse Spaltung zwischen jüngeren und älteren Menschen in Bezug auf die Akzeptanz von Vielfalt vorliegt, ist kein Grund für Alarmismus („Generationenkonflikte spalten unsere Gesellschaft“) gegeben. Um ein akzeptierendes und wertschätzendes Miteinander der Menschen in Deutschland insgesamt zu fördern, ist es allerdings notwendig, alle Generationen einzubeziehen. Gerade die Gruppe der Seniorinnen und Senioren ist nicht zu vernachlässigen, wenn es um aufklärende Maßnahmen, die Vermittlung von Kompetenzen im Umgang mit Vielfalt und die Unterstützung zivilen Engagements geht.



Akzeptanz unterschiedlicher Vielfaltsdimensionen im Vergleich der jüngeren und älteren Generation auf einer Skala von 0 (keine Akzeptanz) bis 100 (vollumfassende Akzeptanz)

* Eliten stellen keinen Kernaspekt der Akzeptanz von Vielfalt dar, wurden in der Studie aber ebenfalls erhoben. Daher sind sie der Vollständigkeit halber an dieser Stelle angeführt.

WO LERNT MAN DEN UMGANG MIT VIELFALT?

Sucht man nach Faktoren, die die Akzeptanz einer pluralen Gesellschaft positiv beeinflussen können, so sind vor allem individuelle und persönliche Aspekte bedeutend, wie Empathiefähigkeit, die (eher linke) politische Orientierung und eine positive Einstellung zur Globalisierung. Strukturelle Faktoren (Wirtschaftskraft, Arbeitslosenquote u. a.) in der Heimatregion sind nachrangig, wenngleich in Regionen mit höheren Einkommensunterschieden auch die Akzeptanz von Vielfalt höher ist – dies lässt vermuten, dass das Vorhandensein einer gewissen Vielfalt Grundvoraussetzung ist, um überhaupt einen konstruktiven Umgang mit ihr einüben zu müssen. Das bedeutet aber auch, dass man den Umgang mit Vielfalt erlernen kann, wenn man sich auf diese Vielfalt einlässt. Doch gibt es „den Ort“ oder ein klar definierbares Umfeld, an dem Menschen Vielfalt stärker akzeptieren?

Um diese Frage zu beantworten, wurden im Vielfaltsbarometer drei Ebenen miteinander verglichen: die allgemeine Einstellung zu Vielfalt, die Akzeptanz von Vielfalt in der Nachbarschaft (konkrete Lebenswelt) und in der eigenen Familie (intimster Nahbereich). Die Ergebnisse des Vielfaltsgesamtindex stellten dabei die allgemeine Einstellung dar. Darüber hinaus wurden die Teilnehmenden der Studie gefragt, wie sie dazu stünden, wenn Vertreter der unterschiedlichen Vielfalts-

gruppen Teil ihrer Nachbarschaft oder sogar der eigenen Familie wären. Konkret haben die Befragten Auskunft darüber gegeben, ob sie z. B. behinderte Menschen (oder Ausländer, Homosexuelle, Sozialhilfeempfänger usw.) ungern in der eigenen Nachbarschaft hätten, und ob es ihnen unangenehm wäre, wenn irgendjemand aus ihrer Familie eine solche Person heiraten würde.

Für jede der sieben untersuchten Vielfaltsgruppen ähneln sich die allgemeinen Akzeptanzwerte und die des intimen Nahbereichs (Familie) sehr stark. Gibt eine Befragte z. B.

an, dass es ihr unangenehm wäre, wenn jemand aus ihrer Familie einen Sozialhilfeempfänger heiraten würde, wird auch ihr Ablehnungswert der Vielfaltsdimension „sozioökonomische Schwäche“ höher ausfallen. Umgekehrt wird ein Befragter tendenziell höhere Akzeptanzwerte in der Dimension „Religion“ haben, wenn er angibt, dass es ihm nicht unangenehm wäre, wenn eine Person aus seiner Familie eine religiöse Muslima heiraten würde. Interessant ist nun aber, wie sich diese Ergebnisse zur Nachbarschaft verhalten. Für die Mehrheit der Vielfaltsdimensionen finden sich in der Nachbarschaft höhere Akzeptanzwerte als auf den anderen beiden Ebenen. Dies bedeutet, dass die jeweiligen Gruppen in der Nachbarschaft stärker akzeptiert werden als in der eigenen Familie und – das ist zentral – als die grundsätzliche Einstellung dies widerspiegelt.

Das Vielfaltsbarometer zeigt somit, dass das gute Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft vor allem in der Nachbarschaft oder im Kiez gestärkt werden kann. Hier leben die Menschen, hier zweifeln und streiten sie, aber hier kooperieren sie auch. Und vor allem: Hier sind sie besonders bereit, sich mit Vielfalt zu beschäftigen und sich mit Unterschieden abzufinden.

VIELFALT IST BEREICHERND!

Ist zunehmende Vielfalt nun eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt oder nicht? Die Daten

des „Vielfaltsbarometers“ kommen hier zu einem klaren Ergebnis, das sich wie folgt zusammenfassen lässt: wo Vielfalt akzeptiert wird, ist der Zusammenhalt stärker. Und wo Menschen zusammenhalten, ist auch mehr Akzeptanz von Vielfalt vorhanden. Anders gesagt ist nicht der Grad des Vorhandenseins von Vielfalt ausschlaggebend dafür, ob eine Gesellschaft kohäsiv ist oder erodiert. Entscheidend ist vielmehr, wie die Menschen mit dieser Vielfalt umgehen!

Vielfalt kann und muss gestaltet werden, und jedem Einzelnen, aber auch der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit, kommt hier eine wichtige Rolle zu. Dabei geht es nicht darum, Menschen einseitig von den Vorteilen von Vielfalt überzeugen zu wollen – das wäre unredlich und falsch. In jedem Falle aber hilft die Entwicklung einer Ambiguitätstoleranz, also eines

Verständnisses davon, dass Vielfalt gesellschaftliche Realität ist und es daher auch im eigenen Interesse liegt, einen angemessenen Umgang mit ihr zu finden. Denn, wie so oft, liegt mit Blick auf gesellschaftliche Vielfalt die Wahrheit in der Mitte, oder – um es erneut mit den Worten von Frank-Walter Steinmeiers zu sagen: „Vielfalt ist anstrengend, aber auch bereichernd.“³ ■

Dr. Ferdinand Mirbach ist Senior Projektmanager bei der Robert Bosch Stiftung in Stuttgart und verantwortet u. a. die Studie „Zusammenhalt in Vielfalt: Das Vielfaltsbarometer der Robert Bosch Stiftung“. Kontakt: ferdinand.mirbach@bosch-stiftung.de

Weitere Informationen unter www.vielfaltsbarometer.de und www.bosch-stiftung.de

Printexemplare der Studie können kostenfrei bestellt werden unter: <https://www.bosch-stiftung.de/de/publikation/zusammenhalt-vielfalt-das-vielfaltsbarometer-2019>



¹ Vgl. <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2018/10/181019-40Jahre-CI-BEDO.html>, zuletzt zugegriffen am 20.03.2020

² Antidiskriminierungsstelle des Bundes. (2016). Akzeptanz religiöser und weltanschaulicher Vielfalt in Deutschland: Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Berlin.

³ Vgl. <https://www.presseportal.de/pm/7840/4092077>, zuletzt zugegriffen am 20.03.2020



Andreas Zieske

QUALITÄTSENTWICKLUNG IM VERBUND EVANGELISCHER FAMILIENBILDUNGS- EINRICHTUNGEN

Ein erster Erfahrungsbericht

Vor gut zwei Jahren haben sich evangelische Familienbildungseinrichtungen aus den Bundesländern Berlin, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein unter dem Dach des Forums Familienbildung zum Qualitätsverbund Evangelischer Familienbildung (QEFB) zusammengeschlossen. Nachdem man sich in der etwas unübersichtlichen Szene möglicher Qualitätsmanagement-Systeme orientiert hatte, entschlossen sich die Einrichtungen zur Zertifizierung nach QVB (Qualitätsentwicklung im Verbund von Bildungseinrichtungen), ein auf Bildungseinrichtungen zugeschnittenes Verfahren, welches von der

Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) und dem Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben gemeinsam entwickelt wurde.

Die Servicestelle Familienbildung bei der eaf hat die Geschäftsführung für den QEFB übernommen und unterstützt den Qualitätsentwicklungsprozess tatkräftig. Zudem wird die Arbeit des Verbundes von einer länderübergreifenden Lenkungsgruppe koordiniert.

QVB bietet für die Einrichtungen verschieden Vorteile. Das System ist auf die Besonderheiten von Bildungs-

stitutionen zugeschnitten und bietet drei verschiedene Zertifizierungsstufen (A–C) an. Dabei eignet sich Stufe A insbesondere für kleine Einrichtungen, die in Bezug auf Qualitätsentwicklung (QE) und Qualitätsmanagement (QM) erste Schritte gehen. Zudem bietet QVB die Möglichkeit, sich als Verbund zertifizieren zu lassen und fördert ein System gegenseitiger Unterstützung. Alle Einrichtungen lernen voneinander und profitieren vom länderübergreifenden Austausch zur Organisation und zu den Arbeitsprozessen innerhalb der Familienbildung. Die Zertifizierung findet im Matrix-Verfahren statt. Dies bedeutet, dass pro Jahr eine Zufallsstichprobe der beteiligten Einrichtungen extern auditiert wird und alle anderen zu kollegialen Qualitätsberatungen verpflichtet sind. Diese kollegialen Beratungsformen weiten den Blick über den eigenen Tellerrand hinaus, rücken institutionelle blinde Flecken einer Organisation ins Bewusstsein und unterstützen die Entwicklung eines gemeinsamen Qualitätsverständnisses.

Nach zwei Jahren intensiver Vorbereitung haben sich 2019 zweiundzwanzig Mitgliedseinrichtungen nach QVB Stufe A zertifizieren lassen. Dabei entwickelten die beteiligten Einrichtungen funktionierende Qualitätsmanagementsysteme und erstellten zugehörige Qualitätshandbücher. Alle Einrichtungen berichten davon, dass sich die Arbeit gelohnt hat und das Qualitätsmanagement im alltäglichen Betrieb von Nutzen ist. „Darüber hinaus haben uns die Bestandsaufnahmen in acht Qualitätsbereichen gezeigt, was wir schon leisten und geregelt haben. Natürlich sind uns dabei auch die Dinge aufgefallen, in denen wir noch besser werden wollen“, so eine der Qualitätsbeauftragten.

2020 werden sich sieben weitere Einrichtungen dem Zertifizierungsprozess anschließen. Wir gehen davon aus, dass alle Einrichtungen, trotz der mit der Corona-Krise einhergehenden ungewöhnlichen Umstände, auch in diesem Jahr das Zertifikat nach QVB erhalten.

Was aber waren die Gründe für die Einrichtungen sich auf so einen arbeitsintensiven Prozess einzulassen? Welche Erfahrungen haben sie gemacht? Wo lagen aus ihrer Sicht Stolpersteine und was bringt Qualitätsentwicklung und Qualitätsmanagement für die alltägliche Arbeit? Das wollten wir direkt von den Einrichtungen erfahren. Deshalb haben wir mit der Evangelischen Familien-Bildungsstätte Oldenburg und mit der Evangelischen Familienbildungsstätte Wolfsburg ein Interview

geführt, das wir im Folgenden dokumentieren.

Interviewpartner*innen waren für die EFB Oldenburg Hiltrud Boomgaarden (Leiterin) und Kirstin Moss (QM-Beauftragte) und für die FBS Wolfsburg Karsten Piehl (Leiter) und Jacqueline Neumann (QM-Beauftragte).

-
- › Welche Gründe haben euch als Einrichtung dazu bewegt, überhaupt nach einem Qualitätsmanagement-System zu suchen und sich einem Qualitätsverbund anzuschließen?
-

EFB OLDENBURG:

Wir gehen davon aus, dass Geldgeber in absehbarer Zeit QM-System erwarten und eine dementsprechende Zertifizierung verlangen werden. Ein Zertifikat zu bekommen war deshalb der Hauptgrund für unsere Beteiligung. Aber natürlich wollen wir damit auch die Qualität der Arbeit in unserer Einrichtung verbessern. Bereits in der Vergangenheit wurden in der EFB Oldenburg einzelne Qualitätsprojekte durchgeführt. Aber ein durchgängiger Prozess wurde weder verfolgt noch abgeschlossen. Das reizt uns natürlich auch am Qualitätsverbund Evangelischer Familienbildung.

Außerdem sehen wir einen Vorteil in den unterschiedlichen Stufen des QVB-Systems. Die Stufe A, die wir 2019 geschafft haben, ist nur der erste Schritt. Wir streben auf jeden Fall die Zertifizierung nach QVB-Stufe C an.

FBS WOLFSBURG:

Qualitätsentwicklung ist auch für die Familienbildungsstätte in Wolfsburg kein gänzlich neues Thema. Verschiedene Elemente eines QM-Systems sowie diverse Verfahrensstandards und Formulare sind in den vergangenen Jahren entstanden, das Profil und das Selbstverständnis wurden aktualisiert und formuliert. Was uns noch fehlte, war eine für unsere Ausgangssituation geeignete Struktur und ein System, welches in eine anerkannte Zertifizierung mündet. Mit dem Qualitätsverbund und der Einbindung in die QVB-Struktur wurde diese systematische und strukturierte Prozessentwicklung hin zur Zertifizierung möglich.

Wir haben damit ein System gefunden, das sowohl unserem Anspruch an Flexibilität und Individualität genügt, als auch unserem Grundsatz des „bottom-up“-

Prinzips entspricht. Ein positiver Nebeneffekt des Verbundsystems ist die Hervorhebung eines übergreifenden Qualitätsprofils Evangelischer Familienbildung und die Entwicklung einer entsprechenden „Qualitäts-Marke“ über die Grenzen des Landes Niedersachsens hinaus.

Darüber hinaus wird in Zeiten immer knapper werdender Zuschüsse ein externes Zertifikat geprüfter Qualität immer größere Bedeutung einnehmen. Schon jetzt erkennen wir in bestimmten Vergaberichtlinien diverser Projekte, dass nach einem QMS gefragt wird. Darüber hinaus ist es für (Neu-)Kunden ein gutes Orientierungsmerkmal. Sie sehen so, dass bei uns nicht nur christliche Nächstenliebe, sondern auch ein Qualitätsentwicklungsprozess zu finden ist.

› Mit welchen Erwartungen habt ihr den Prozess begonnen? Was soll ein QM-System für euch als Einrichtung leisten?

EFB OLDENBURG:

In erster Linie wollten wir Strukturen für unsere Arbeit schaffen bzw. schon vorhandene Strukturen verbindlich festlegen. Dabei ist es uns wichtig, Arbeitsabläufe deutlich zu beschreiben und sie für alle Prozessbeteiligten transparent zu gestalten. Klare Strukturen, Abläufe und Transparenz sind besonders bei Veränderungsprozessen und Übergängen in der Einrichtung, z. B. bei einem Leitungswechsel, sehr hilfreich.

FBS WOLFSBURG:

Wir haben uns als Einrichtung von Anfang an im Forum Familienbildung an der Diskussion über ein zertifiziertes QM-System beteiligt. Durch die Teilnahme an den Vorbereitungs- und Orientierungsworkshops der Servicestelle konnten wir unsere Erwartungen schon früh in den Entwicklungsprozess einbringen.

Dabei war es nicht leicht, ein für uns geeignetes System für die vielfältige Landschaft der Evangelischen Familienbildung zu finden. Viele Modelle sind für die berufliche Weiterbildung konzipiert und nur eingeschränkt auf den Bereich der Erwachsenenbildung zu übertragen. Andere Systeme wiederum sind in der Umsetzung relativ starr oder die Vorgaben sind mit unserer (Bildungs-)Praxis nicht vereinbar. Wie bereits gesagt, sind uns Flexibilität und Individualität wichtig, ebenso das Kriterium der Nutzbarkeit im Alltag. Wir brauchen kei-

ne Mehrarbeit, um einem System zu entsprechen. Wir brauchen ein System, dass im Alltag für uns „arbeitet“ und Erleichterung verschafft.

› Gab es auch Befürchtungen oder Widerstände gegenüber der Einführung eines QM-Systems?

EFB OLDENBURG:

Widerstände gab es nicht. Aber die Befürchtung, dass mehr Arbeit auf alle zukommt, die gab es auf jeden Fall. Und das muss klar gesagt werden: Diese Befürchtung ist auch eingetreten. In einem eng „getakteten“ System mit knappen personellen Ressourcen fällt es sehr schwer, Zeit für zusätzliche Aufgaben zu finden und QM gehört da auf jeden Fall dazu. Nach nunmehr über einem Jahr Erfahrung mit dem QM-System sehen wir aber auch Erfolge. Das Thema ist bzw. war bei allen Mitarbeitenden präsent, Arbeitsabläufe sind besprochen und schriftlich fixiert. Eine Dokumentenstruktur ist geschaffen, ein Entwicklungsprojekt abgeschlossen. Es ist gut, dass wir als Einrichtung gerade auch durch die obligatorischen Entwicklungsprojekte gezwungen sind, uns weiter zu entwickeln bzw. unsere Arbeitsprozesse zu verbessern.

FBS WOLFSBURG:

Die Befürchtungen im Team lagen verständlicherweise in der bereits genannten Mehrbelastung durch zeitweilig zusätzliche Aufgaben, wie z. B. die Erarbeitung eines Qualitätshandbuchs oder notwendige Dokumentationen und Beschreibung von Arbeitsabläufen usw. Außerdem bestand die große Sorge, dass wir viel Papierkram für den Aktenschrank schreiben und dieser wenig bis gar keinen Nutzen für den Alltag in der Einrichtung bringt. Insbesondere in den ersten Jahren des systematisierten und strukturierten Entwicklungsprozesses ist die Implementierung des QM eine Mehrbelastung für jeden Einzelnen im Team. Da müssen wir uns nichts vormachen.

Der Mehrwert der geleisteten Arbeit wird allerdings schon jetzt durch standardisierte Prozesse, Formulare und Dokumentationen auch für die Mitarbeitenden sichtbar. Durch die entstandene Struktur und die Organisation von Dokumenten und Abläufen haben wir einige Prozesse und Werkzeuge des Alltags durchleuchten und anpassen können. Mit Hilfe von Vorgabedokumenten werden Abläufe und auch Dokumentationen noch transparenter

und nachvollziehbarer – insbesondere für Mitarbeitende, die noch nicht so lange in unserer Einrichtung arbeiten, ist das schon zu einer großen Hilfe geworden.

› Was waren für euch die Hauptschwierigkeiten, Hürden oder Stolpersteine bei der Erarbeitung eines Qualitätshandbuches?

EFB OLDENBURG:

Uns fehlten vor allem Informationen, was in welcher Form gefordert wird. Als Qualitätsbeauftragte fühlte man sich nicht unbedingt ausreichend vorbereitet. Vieles im System scheint auf den ersten Blick nur undeutlich geregelt bzw. widersprüchlich. Der Umgang mit den Begrifflichkeiten sorgt bis heute für Verwirrung. In dieser Hinsicht könnte die Unterstützung von außen verbessert werden.

FBS WOLFSBURG:

Neben der Bereitstellung der nötigen Zeitressourcen zum Erarbeiten und Schreiben des Handbuches war es für uns eine bedeutende Aufgabe, das Team in möglichst allen Entwicklungsschritten gleichermaßen zu beteiligen und zumindest über Entwicklungen und Ergebnisse in entsprechender Weise zu informieren. Schließlich soll das System ja zum Arbeitssystem des gesamten Teams werden.

› Wen habt ihr denn bei der Erarbeitung mit ins Boot geholt?

EFB OLDENBURG:

Bei uns war das gesamte Team der Festangestellten beteiligt. Nur die Reinigungskräfte haben wir außen vor gelassen. Unser Beirat bzw. der Träger war bzw. ist natürlich ebenfalls informiert.

Schwierig ist es aber nun, sich auch weiterhin die Zeit zu nehmen, am Ball zu bleiben und alle im Boot zu halten. Wir versuchen, das Thema regelmäßig wieder auf die Tagesordnung zu heben, scheitern aber oft aus Zeitmangel im Alltag.

FBS WOLFSBURG:

Die Beteiligung hat bei uns eine große Rolle gespielt. Teilnehmende, Kursleitungen und

Kooperationspartner*innen haben wir mittels einer „Profilbefragung“ ins Boot geholt. Viel Wert haben wir darauf gelegt, das Team nicht nur zu informieren, sondern auch an der Erarbeitung zu beteiligen. Dabei ging es vor allem darum, zu verdeutlichen, dass das QM kein „Fremdkörper“ von außen ist, sondern aus uns und unseren alltäglichen Aufgaben heraus entsteht.

Die konkrete Erarbeitung einzelner Teile und Kapitel fand in kleinen bis mittelgroßen Workshops und Klausurtaugungen statt. Daran haben - neben dem Team - Vertreterinnen des Kuratoriums und des Trägers teilgenommen. Darüber hinaus haben Mitarbeitende aus den einzelnen Arbeitsbereichen immer dort, wo ihr eigener Aufgabenschwerpunkt liegt, Teile des Qualitätshandbuches erarbeitet und geschrieben.

› Wie gelingt es euch, das Qualitätsmanagement im Einrichtungsalltag und im Team zu verankern?

FBS WOLFSBURG:

Das Thema Qualitätsmanagement ist ein regelmäßiger Tagesordnungspunkt auf unseren Teamsitzungen. Es gibt immer wieder kleine Zirkel, die sich um ein Thema kümmern oder es sogar im Rahmen eines Entwicklungsprojektes umsetzen. So ist das Team auch in die Weiterentwicklung eingebunden. Jede Idee wird ernst genommen, jede*r kann sich einbringen und tut es auf seine Art auch.

Die größten Herausforderungen sind allerdings das Faktum „Zeit“ und das Faktum „Geld“. Es ist nicht einfach, die notwendige Zeit zur regelmäßigen Bearbeitung zu finden und auch die finanziellen Mittel für den Stellenanteil von zwei Wochenstunden für unsere Qualitätsbeauftragte bereitzustellen.

› Wir haben uns als QEFB zu einem recht heterogenen Qualitätsverbund zusammengeschlossen. Worin seht ihr die Vorteile der einrichtungs- und länderübergreifenden Zusammenarbeit?

EFB OLDENBURG:

Aus unserer Sicht sind durch die Heterogenität vielfältige Anregungen auch aus anderen Bundesländern entstanden. Zudem kann man von anderen Einrichtungen

lernen oder auch die Arbeit an einzelnen Teilen untereinander aufteilen. Nicht zuletzt ergibt sich aus dem Matrix-Zertifizierungsverfahren auch eine Kostensparnis für alle.

FBS WOLFSBURG:

Es ist der Austausch über die Bundesländergrenzen hinweg, der uns an vielen Stellen viel weiter gebracht hat, als wir für uns alleine gekommen wären. Beispielsweise bei der Orientierung, der Sortierung und auch der Formulierung einzelner Kapitel des Handbuches konnten viele wertvolle Anregungen und Impulse verarbeitet und berücksichtigt werden. Zudem ist der Verbund wesentlich kraftvoller und aussagekräftiger als eine einzelne Einrichtung für sich alleine je sein könnte. Gerade uns als christlich-evangelische Einrichtung tut der Zusammenhalt und das entstandene Qualitätsprofil Evangelischer Familienbildung – auch in der Darstellung in der Öffentlichkeit – gut.

Außerdem ist es für uns als Mitgliedseinrichtung ein großer Vorteil, dass der Qualitätsverbund von einer Lenkungsgruppe getragen wird, die das Gesamtsystem im Blick behält und die Weiterentwicklung begleitet. Zudem unterstützt die Servicestelle Familienbildung den Verbund und das QM-System mit Ideenreichtum und Kompetenz. Das ist eine große Bereicherung.

➤ Habt ihr abschließend noch die ein oder andere Botschaft, die ihr anderen Einrichtungen mit auf den Weg geben würdet, wenn sie sich auf so einen Prozess einlassen wollen?

EFB OLDENBURG:

Wichtig ist es vor allem, regelmäßige Termine für QM festzulegen. Gerade in der Anfangszeit reichen außerdem zwei Stunden pro Woche für die Arbeit der Qualitätsbeauftragten nicht aus! Hier muss mit mehr gerechnet werden. In unserem länderübergreifenden Qualitätsverbund legen wir zudem auch weite Wege zu

Workshops oder kollegialen Qualitätsberatungen zurück. Aber dafür können wir auch „über den Tellerrand“ der eigenen Einrichtung und des eigenen Bundeslandes hinausblicken.

Bei allem Aufwand: Qualitätsmanagement lohnt sich und ist ein toller Prozess. Wir sind sehr froh, dass er für die EFB Oldenburg angeschoben wurde.

FBS WOLFSBURG:

Das A und O ist, neben der Beteiligung des Teams und des Trägers, die Identifikation und das Herausstellen des Nutzens für jede*n Einzelne*n. Wir empfehlen den Prozess nicht zu kurzfristig zu planen, sondern ausreichend Zeiträume zur Bearbeitung zu schaffen. Auch sollten möglichst früh die einzelnen Arbeitsbereiche und Entscheidungsinstanzen einbezogen werden. Vieles an Strukturen, Beschreibungen und Dokumenten sollte man „aus sich selbst heraus“ entstehen lassen, d. h. die jeweiligen Mitarbeitenden sind die eigentlichen Experten*innen. Wichtig für den Prozess sind: Partizipation, Vernetzung, Transparenz, Kritikfähigkeit, Zeit und Geduld. Vor Alleingängen einzelner Personen (wenn es auch oft schneller zu gehen scheint) würden wir dringend warnen!

➤ Vielen Dank für das Gespräch und die vielen Informationen. ■

Das Interview führte und verschriftlichte Andreas Zieske, Leiter der Servicestelle Forum Familienbildung bei der eaf.

Anmeldung zum Newsletter der evangelischen arbeitsgemeinschaft familie e. V. (eaf) unter: www.eaf-bund.de/de/publikationen/newsletter

ISSN 0176-9146

Herausgeber und Verleger: evangelische arbeitsgemeinschaft familie e. V. | Für den Inhalt verantwortlich: Insa Schöningh. Redaktion und Layoutumsetzung: Janina Noormann. Lektorat: Cornelia Lange. Die Familienpolitischen Informationen erscheinen viermal im Jahr; sie sind zu bestellen bei der Bundesgeschäftsstelle der eaf in Berlin | Bezugspreis für ein Jahr 7,00 Euro; Einzelpreis 2,50 Euro.

Kündigung zum Jahresende | KD-Bank IBAN: DE87 3506 0190 1567 1830 13, BIC: GENODED1DKD | Druck: Europrint Medien GmbH

Wir freuen uns, wenn Sie etwas abdrucken wollen: Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen bitten wir um Rücksprache, im Übrigen um Quellen- und Autorengabe (auch bei Auszügen) sowie um Zusendung eines Belegexemplars | Präsident: PD Dr. Martin Bujard; Vizepräsidenten: Rosemarie Daumüller, Bernd Heimberg.

Bundesgeschäftsstelle: 10117 Berlin, Auguststraße 80, Telefon 030 / 28 39 54 00, Fax 0 30 / 28 39 54 50 | Bundesgeschäftsführerin: Dr. Insa Schöningh | www.eaf-bund.de